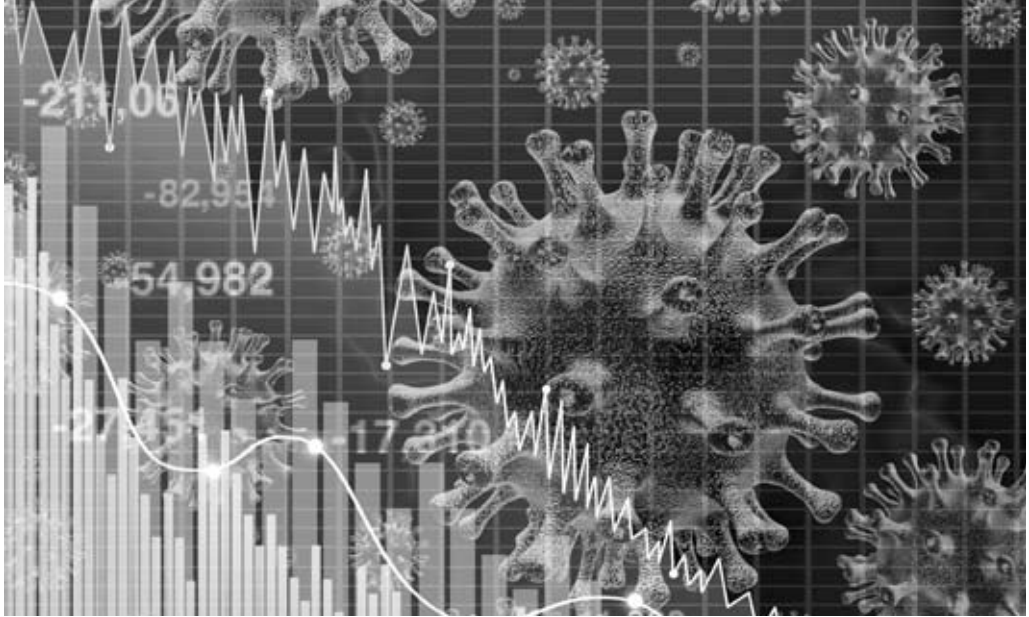


Corona-Kapitalismus?

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Uwe Kremer, Thilo Scholle und Stefan Stache¹



wildpixel © – Getty Images/iStockphoto

Zum ersten Mal in der Geschichte der EU werden Schulden in Teilen gemeinschaftlich aufgenommen um Investitionen zu finanzieren. Der europäische Fiskalpakt und die deutsche Schuldenbremse sind in der Krise nicht mehr maßgeblich. Durch die keynesianischen Krisenreaktionen haben sich die Legitimationsprobleme neoliberaler Diskurse vertieft. Sowohl das weltweite Ausmaß der ökonomischen und sozialen Folgen der Pandemie als auch die offenkundigen Lücken der gesellschaftlichen Infrastrukturen erhöhen den Druck auf die bisherige Logik von Austerität sowie den deutschen Export- und Wettbewerbspfad. Eine Rückkehr zur Sparpolitik dürfte umso schwieriger durchzusetzen sein, je tiefer die Alltagserfahrungen über die Möglichkeiten wohlfahrtsstaatlichen Handelns reichen. Dennoch könnten jene Teilöffnungen zu

einer investiven Politik eine Episode bleiben. Im deutschen Konjunkturpaket spielen zudem trotz wichtiger Investitionen z.B. in öffentliche Mobilität der vielfach gelobte Sektor der soziokulturellen Dienstleistungen wie z.B. die Pflegeberufe kaum eine Rolle. Auch eine zukünftig investiver ausgerichtete Politik könnte diesen Sektor weiterhin benachteiligen. Mit diesem zweiten Sonderschwerpunkt schließen wir direkt an die vorherige Ausgabe zur Corona-Krise an.² Im Mittelpunkt steht die Frage, ob und inwiefern sich zentrale ökonomische und wohlfahrtsstaatliche Pfade und Dynamiken verändern oder verstetigen.

Epochaler Trendbruch?

Den drei Artikeln von Brandt/Windels, Hacker und Saxer ist gemeinsam, dass sie sich mit Fragen befassen, inwieweit mit der Pandemie und ihren weltweiten Auswirkungen ein

¹ Uwe Kremer ist Mitherausgeber der spw.

Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion, Jurist und lebt in Lünen

Stefan Stache ist Chefredakteur der spw und lebt in Hannover.

² Siehe spw 237 (2020): Heftschwerpunkt Corona-Krise

mehr oder weniger epochaler Trendbruch verbunden ist, also eine Abkehr von bisherigen, neoliberal geprägten Entwicklungslogiken und zumindest eine Option auf progressive, d.h. gemeinwohlorientierte sozialökologische Transformationen.

So sprechen *Arno Brandt* und *Thorsten Windels* von einer „Götterdämmerung des Neoliberalismus“, die schon vor der Corona-Krise eingesetzt habe, sich nun aber das Zeitfenster für einen grundlegenden Pfadwechsel öffne. Auch *Marc Saxer* argumentiert in dieser Weise und begründet dies darüber hinaus mit der Möglichkeit einer breiten bis in aufgeklärte und verantwortungsethisch geprägte liberale und konservative Mittelschichten hineinreichenden Allianz für eine derartige Transformation. Schließlich liegt diese Sichtweise offenbar auch dem auf die Entwicklungen in der EU fokussierten Beitrag von *Björn Hacker* zugrunde, wobei alle Autoren einen derartigen Pfadwechsel natürlich nicht als Selbstlauf ansehen.

Der verhaltene Optimismus der Autoren macht sich zum einen daran fest, dass im Krisenmanagement in Deutschland und anderen Ländern ein klares Primat der Politik gegenüber Marktlogiken und Partikularinteressen zum Ausdruck kommt, das über die Geltung im Ausnahmezustand hinausreichen könnte. Zum anderen werden das deutsche Konjunkturpaket und der Wiederaufbaufonds der EU als Hinwendung zu einer öffentlich programmierten Infrastruktur- und Investitionspolitik jenseits von Schuldenbremse und Fiskalpakt interpretiert. Das hieraus die Hypothese eines epochalen Trendbruchs entsteht, hängt aber mit zwei weiteren und grundlegenden Argumentationen zusammen:

1. Gemeinsam ist den Autoren, dass die *Globalisierung als Referenzrahmen* ihrer Argumentation zur Corona-Krise fungiert. Man könne die Krise selbst nur im Kontext globaler Interdependenzen verstehen – reichend vom Raubbau an der Natur und Krise der Biodiversität über die Angreifbarkeit der wirtschaftlichen Lieferketten durch

derartige Ereignisse bis hin zur nur begrenzten Handlungsfähigkeit von Staaten und internationalen Organisationen. Anders formuliert: Die Corona-Krise offenbart – gewissermaßen stellvertretend für den Klimawandel, Migrationsbewegungen, Finanzspekulation u.a.m. – die Verwundbarkeit der „Weltrisikogesellschaft“ (Hacker in Anlehnung an Ulrich Beck), und zwar in einem Maße, dass in einem immer breiter werdenden Spektrum sozialer und politischer Kräfte neoliberale Glaubenssätze der Stärkung systemischer Widerstandsfähigkeit („Resilienz“) geopfert werden.

2. Diese globale Sichtweise korrespondiert bei den genannten wie auch den weiteren Autoren mit der Auffassung, die Corona-Krise (unter dem Stichwort der „Systemrelevanz“) habe deutlich gemacht, dass eine funktionierende *im Alltagsleben verankerte Dienstleistungs- und Infrastruktur* keine Selbstverständlichkeit und erst recht keine abgeleitete Komponente einer florierenden kapitalistischen Wirtschaft sei, sondern selbst systemrelevanter Teil der Ökonomie und zugleich Gegenstand eines umfassenden öffentlichen Gestaltungsauftrages inkl. systematischer Investitionen, einer arbeitspolitischen Neuordnung und einer Stärkung kommunaler Strukturen und Kompetenzen. Hier sind dann die Verbindungen zu den gerade in der spw diskutierten Themen der Infrastrukturökonomie bzw. einer „Ökonomie des Alltagslebens“ deutlich erkennbar – wengleich mit unterschiedlichen Akzenten (von öffentlichen Investitionsfonds (Brandt/Windels) bis hin zu einem „subsidären Gärtnerstaat“ (Saxer).

Das Thema der Vulnerabilität (Verwundbarkeit) und Resilienz (Widerstandsfähigkeit) ist somit in einem Spannungsverhältnis zwischen globalen Kontexten und regionalen Infrastrukturen zu behandeln. Es eint die Autoren auch, dass sie die Perspektiven der Nationalstaaten und der EU vor diesem Hintergrund diskutieren.

Systemrelevanz und Gesundheitswesen

Die beiden anschließenden Beiträge von *Evans/Becker/Schmidt* und *Heintze* behandeln die Entwicklungen im Gesundheits- und Pflegesektor im Lichte der Corona-Krise und schließen dabei an die zuvor skizzierten Diskurslinien an. Besonders deutlich ist der Brückenschlag bei Evans u.a., wenn sie vor einer lediglich temporären Zuschreibung von Systemrelevanz an die Gesundheits- und Pflegeberufe warnen. Dem stellen sie den „sozio-ökonomisch investiven Charakter der Arbeit im Gesundheits- und Pflegesektor“ mit seinen wertschöpfenden und gesamtwirtschaftlich funktionalen Eigenschaften entgegen.

Im Grunde genommen zeigen sie auf, wie gerade im Gesundheits- und Pflegewesen das Thema gesellschaftlicher Vulnerabilität und Resilienz mit dem der individuellen Verwundbarkeit und Widerstandskraft verbunden ist und dass diese Verbindung durch eine entsprechende Arbeitspolitik, gemeinwohlorientierte branchenspezifische Investitionslösungen und eine stärkere Regionalisierung und Vernetzung gestärkt werden müsse. Dies sei nicht nur für die dort Beschäftigten erforderlich, sondern auch entscheidend für das „Systemvertrauen der Bevölkerung“. Man möchte hinzufügen: Gerade diese Berufe sind für die Bevölkerung die Gesichter eines lebendigen Sozialstaates, der allzu häufig anonym und bürokratisch daherkommt.

Der Artikel von *Cornelia Heintze* sorgt dafür, dass die Ausführungen von Evans u.a. in einen europäischen Vergleich der Gesundheitssysteme eingeordnet werden können. Einerseits konstatiert sie ein relativ gutes Abschneiden Deutschlands im Umgang mit der Pandemie und erklärt dies mit dem Ineinandergreifen von zeitlichem Vorlauf und kohärentem politischen Krisenmanagement. Andererseits befürchtet sie offenbar gerade deswegen, dass längst überfällige und am Patientenbedarf orientierte Strukturreformen im deutschen Gesundheitswesen nicht in Angriff genommen und Gesundheits- und Pflegeberufe nicht wesentlich mehr als symbolische Anerkennung erfahren

werden. Dabei verweist sie insbesondere auf die notwendige Stärkung des öffentlichen Gesundheitswesens von der Ebene der internationalen Organisationen (WHO) bis hinunter zu den jahrzehntelang heruntergesparten öffentlichen Gesundheitsdiensten in Deutschland. Auch sie favorisiert – gestützt auf den internationalen Vergleich – eine stärkere Rolle der Kommunen im Gesundheitswesen.

Green New Deal

Über die EU hinaus ist ein Blick auf die USA vor den Präsidentschaftswahlen lohnend. Einige Beobachter der Demokratischen Partei deuten die Ankündigungen Joe Bidens, massiv in die Infrastruktur und den Klimaschutz investieren zu wollen, in der Traditionslinie des New Deal.³ Andere aus der Parteilinken der Demokraten wiederum kritisieren seine Pläne als vage. Über die Ankündigung von Infrastrukturinvestitionen hinaus bleibe offen, inwieweit der öffentliche Sektor und Sozial-einkommen gestärkt würden und ob es ihm lediglich um kurzfristige Krisenreaktionen oder langfristige Veränderungen gehe. Ein anspruchsvolles Reformprogramm nach dem Muster eines New Deal sei von ihm zwar nicht zu erwarten, eine progressive Öffnung jedoch unter dem Druck der Linken in Bewegungen und innerhalb des Kongresses möglich.⁴ Sollte Biden die Linke der Partei ausreichend integrieren und im Falle seiner Wahl seine Politik erfolgreich an einem Green New Deal orientieren, könnte dies keynesianische Diskurse und Politiken auch in der EU unterstützen. Für eine Politik des Green New Deal wäre jedoch nicht nur ein Erfolg bei den Präsidentschaftswahlen, sondern auch eine Mehrheit in beiden Kammern des Kongresses nötig.

Wie eine Politik für gesellschaftliche Infrastrukturen, eine Re-Regulierung des Arbeitsmarktes und Klimapolitik in einer sozial-ökologischen Umbaustrategie verknüpft werden können, skizziert *Frank Werneke*. Investitionen

³ vgl. Michael Tomasky (2020): Biden auf dem Weg nach links, in: Blätter f. dt. u. intern. Politik 8/2020.

⁴ vgl. Daraka Larimore-Hall in dieser Ausgabe.

in die Daseinsvorsorge, auskömmliche Personalausstattung sowie in erneuerbare Energien und effiziente Technologien müssten mit einer Stärkung des Tarifvertragssystems und einem Zurückdrängen atypischer Beschäftigung verknüpft werden. Ein Green New Deal sei durch eine gerechtere Besteuerung von Gewinnen, hohen Einkommen und Vermögen sowie durch Kredite zu finanzieren. Es bestehe die Gefahr einer erneuten Sparpolitik zu Lasten von Investitionen und sozialer Sicherung, um die Schulden abzutragen. Die Höhe der Schuldenstandsquote sei in Deutschland jedoch unproblematisch. Durch die Verluste kommunaler Unternehmen in der Krise und massiver Investitionslücken werde sich die Finanzierungsfrage besonders auf der kommunalen Ebene stellen.

Die in den meisten Artikeln enthaltene Betonung regionaler Kontexte und ihrer Stärkung findet sich auch bei *Marc Bovenschulte*, der sich auf Basis eines Thesenpapiers des VDI/VDE mit der Bedeutung der Corona-Krise für die Forschungs- und Innovationspolitik befasst. Regionale Kontexte stehen für ihn einerseits im Vordergrund, weil die Corona-Krise das sowie schon virulente Thema wachsender regionaler Disparitäten verstärkt habe, andererseits aber auch das Thema gesellschaftlicher Vulnerabilität und Resilienz vor allem in regionalen Zusammenhängen zu bearbeiten sei.

Dies verbindet sich mit einem zweiten Argumentationsstrang: Die Corona-Krise bedrohe massiv die gesamte Start-up-Kultur. Sie eröffne aber auch neue Möglichkeiten für derartige Initiativen, insbesondere wenn dabei der Aspekt sozialer Innovationen im Zeichen von „Vulnerabilität und Resilienz“ stärker zum Tragen käme. Es ist dann nur logisch, wenn er bzw. VDI/VDE eine stärkere Verknüpfung von Start-up-Kultur und zivilgesellschaftlicher Initiative („Citizen Innovation“) im Blick hat und eine entsprechende Veränderung der Forschungs- und Innovationspolitik angestrebt wird. Offen bleibt in dem Artikel sicherlich die Frage, wie sich dies zu den für die Forschungs- und Innovationspolitik favorisierten Management- und Wettbewerbslogiken verhält.

Digitalisierungsschübe durch die Coronapandemie oder zumindest die Debatten darüber lenken die Aufmerksamkeit auch auf die digitalen Plattformen, die eine Bedeutung als Infrastruktur aufweisen. Um sie zu demokratisieren, so argumentiert *Benedict Lang*, seien die Logik von Algorithmen und die Verfügungsmacht über Daten weitaus wichtiger als Anwendungen. So könnten beispielsweise Stadtwerke und Verkehrsunternehmen Services über Schnittstellen anbieten, die sonst weiterhin von den großen digitalen Konzernen eingekauft werden müssten. ■